

## **Muntere Farbenlehre der G20-Staaten**

Bereits Mark Aurel erkannte es: „Das Leben eines Menschen ist gefärbt von der Farbe seiner Vorstellungskraft“. Können Menschen blauäugig durchs Leben gehen, oder mit der rosaroten Brille die Forderungen ihres Gegenübers betrachten, so gilt das Gebot der farblichen Vorstellungskraft auch für realpolitisch funktionierende Staaten. Sie fahren in der Krise schwarz.

So geschehen jüngst am G20-Gipfel: Mit klaffenden Lücken in den Staatskassen und innenpolitisch wenig Rückhalt trafen sich die führenden Wirtschaftsmächte der Welt vergangene Woche in London. Dies mag soweit nicht erstaunen, hat uns die Vergangenheit doch stets gelehrt, dass in Krisenzeiten vermehrt Aussen- statt Innenpolitik betrieben wird.

Das Ziel lautete: das eigene Steuersubstrat besser ausschöpfen, ohne einem der Gipfelteilnehmer oder gar sich selbst auf die Füsse zu treten. Schliesslich muss am Ende eine erfolgreiche Abschlusserklärung zu Hause abgeliefert werden. Das Resultat: Eine Liste angeblicher Sünder, deren grösste Sünde darin besteht, sich nicht von einer der teilnehmenden Wirtschaftsmächte protegieren zu lassen.

## **USA: Grosses Fressen samt moralischem Fingerzeig**

Mit Pauken und Trompeten feierte eine grosse Tageszeitung in der Schweiz das diplomatische Geschick, mit welchem US-Präsident Barack Obama die Nennung der grauen Liste in der Abschlusserklärung der G20 vollbrachte.

Etwas mehr Realitätssinn würde hier nicht schaden. Die gegenseitigen Geschenke, welche ausgeteilt wurden, sind beträchtlich. Die USA fungieren mit ihren Hinterhöfen Delaware und Nevada ebenso als Vorbilder, wie die über Nacht von Gordon Brown weiss gewaschenen Kanalinseln. Sein chinesisches Pendant Hu Jintao konnte wiederum das Offshore-Zentrum Hong Kong mittels Fussnote auf der Liste als „Spezial-Administrativ-Region“ (Special Administrative Region) in Deckung bringen.

Im Wahlkampf zur US-Präsidentschaft kündigte Barack Obama an, die Lücke zwischen geschuldeten und bezahlten Steuern schliessen zu wollen. Anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung erhob er den Finger und liess verlauten, dass er den Wolkenkratzer auf den Cayman Islands sehen wolle, der mehr als 12'000 US-amerikanische Firmen beherberge. Bereits 2007 schlug ein gewisser Senator Obama zusammen mit Senator Carl Levin den sogenannten „Stop Tax Haven Abuse Act“ vor, um Steuerschlupflöcher in- und ausserhalb den USA den Garaus zu machen - damals ohne Erfolg.

In der Zwischenzeit ist Barack Obama nicht mehr Repräsentant eines Gliedstaats im Senat, sondern Vertreter der grössten Wirtschaftsmacht der Welt. An seiner Seite: Vizepräsident Joe Biden, seines Zeichens als Senator seit 1972 für den Bundesstaat Delaware in Washington im Einsatz. Delaware, dies ist mit seinen 875'000 Einwohnern und der Metropole Wilmington der Sitz von 600'000 Firmen. Auch mehr als die Hälfte der kotierten US-Unternehmen nennen Delaware ihr zu Hause.

Der Grund für die Attraktivität von Delaware sind nicht nur die fehlenden Steuern. Nein, vollkommen anonym dürfen hier Firmen eingerichtet werden. Ein Ding der Unmöglichkeit in einem Rechtsstaat wie der Schweiz.

Bei einem Zuwachs von 130'000 Firmen jährlich ist davon auszugehen, dass Delaware von der Immobilienkrise bisher weitestgehend verschont blieb. Baukräne, soweit das Auge reicht, müssen die Landschaft des schmalen Gliedstaats an der Ostküste der USA überziehen.

Man sollte meinen, Obama hätte rot gesehen, als er diesen Missstand erkannte. Weit gefehlt, schwarz war wiederum die Antwort der USA in Form eines neuen Anlaufs von Senator Levin, seinen und Obamas „Stop Tax Haven Abuse Act“ wiederzubeleben.

Auf dieser Liste figurieren 34 echte und angebliche Steueroasen, welche es mit drakonischen Massnahmen seitens der USA abzustrafen gelte. Von Schauplätzen innerhalb des eigenen Territoriums ist nicht mehr die Rede.

Das Problem hierbei ist, dass sich 23 der genannten Paradiese, darunter unter anderen die Kanalinseln, unter den schützenden Fittichen von Grossbritanniens Premierminister Gordon Brown befinden. Sie sind dank des G20-Gipfels mittlerweile mit einem blauen Auge davon gekommen. Die Durchsetzbarkeit besagter Liste erscheint somit obsolet.

### **G7 als schwarzes Nest der Terrorfinanzierung**

Die in Delaware gewährte Anonymität des Bezugsberechtigten einer Firma (Beneficiary Owners), ist auch Thema einer Studie von Professor Sharman der Griffith Universität in Australien, welcher in einem Praxistest untersucht, wie einfach es ist, in den jeweiligen Staaten anonyme Firmenkonstrukte zu eröffnen. Er kommt hierbei zum erschreckenden Ergebnis, dass die internationale Bekämpfung anonymer Firmenkonstrukte ungenügend ist. Eben diese anonymen Gefässe sind für die effektive Bekämpfung von Geldwäscherei und somit der Prävention der Terrorismusfinanzierung ein echtes Hindernis.

Bekämpft wird dieser Missstand von intergouvernementalen Plattformen, so z.B. der Financial Action Task Force (FATF), welche die Verbesserung nationaler und internationaler Gesetzgebungen bezüglich Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zum Zweck hat.

Bereits im Juni 2006 prangerte diese Task Force im Falle der USA die Gliedstaaten Delaware und Nevada an, weil in einer Mehrzahl der Fälle die Identität der Besitzer von Gesellschaften nicht auszumachen ist. Das Problem der Task Force ist simpel: Als blosser Plattform, ohne die wirtschaftliche Macht einer G7 oder gar G20, kann sie die Staaten nur „beraten“, nicht jedoch zu Verbesserungen zwingen.

Interessant hierbei: Der australische Professor Sharman zeigt auf, dass nicht die sogenannten Steueroasen der ideale Nährboden für anonyme Konstrukte sind. Nein, die mächtigen G7 sind die tragenden Pfeiler der Anonymität.

Bezüglich finanzieller Transparenz landen Bermuda und die Cayman Islands in Topf 1 - mit Vorbildfunktion. Sowohl zur Eröffnung einer Firma als auch eines Bankkontos bedarf es einer notariell beglaubigten Identität der Besitzer. Als absolutes Schlusslicht im Topf 3 der „worst cases“ befinden sich die USA.

Eine klare Identifikation der Besitzer ist sowohl bei Firmengerüsten als auch Bankkonten nicht nötig. Hierbei stellt Sharman sogar anerkennend fest, dass seit 2008 Fortschritte erzielt werden konnten. Vor besagtem Zeitraum war nicht nur keine klare Identifikation, sondern gar keine Dokumentation irgendeiner Art von Berechtigung von Nöten.

## **Wirtschaftliche Macht als Moral**

Jeder Staat ist befugt, eine bunte Liste von Staaten mit entsprechenden Sanktionen zu erstellen. Jüngst hat auch Brasilien reagiert. Per 1. Januar 2009 wurde Delaware seitens Brasiliens auf eine schwarze Liste gesetzt. Das entsprechende brasilianische Gesetz sieht vor, dass Zahlungen an natürliche und juristische Personen, welche im Gliedstaat Delaware ansässig sind, mit höheren Steuern belegt werden, als diejenigen an Körperschaften, deren Niederlassungsort sich nicht auf der schwarzen Liste befindet.

Nur, nützen tut dies wenig, da die wirtschaftliche Macht Brasiliens schlicht zu klein ist, um mit den USA auf gleicher Augenhöhe verhandeln zu können. Dieses Problem hat die Schweiz eben leider auch. Offensichtlich im Recht, fehlt die wirtschaftliche Macht, vor allem aber auch das Selbstbewusstsein, um legitimierte Interessen und Forderungen effektiv durchsetzen zu können.

## **Fazit und die Erkenntnisse für die zukünftige schweizerische Aussenpolitik**

Die Grossmachtspolitik der beteiligten Staaten zeigt erste Lehren für unser Land für die kommenden, schwierigen Monate. Zentral ist folgende Erkenntnis, die eigentlich selbstverständlich sein sollte: Im mit allen Mitteln ausgetragenen Standortwettbewerb wird Aussenpolitik zur nationalen Interessenpolitik. Die Wahrung der Schweizer Interessen auf internationaler Ebene ist zentral für die Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand der kommenden Jahren.

Klar ist, dass sich die Schweiz auch inskünftig bei der Frage des Bankgeheimnisses einer aggressiven Grossmachtspolitik widersetzen muss.

Das zeigt für die kleine aber wirtschaftlich starke Schweiz Folgendes:

Erstens hat der Bundesrat im richtigen Moment den Vorbehalt gegen Art. 26 Abs. 5 des OECD Musterabkommens zurück gezogen. Dieser Schritt erfolgte sehr spät und zusammen mit wichtigen Ländern in ähnlicher Situation. Damit konnte der erste Sturm überstanden werden und gleichzeitig musste die internationale Finanzplatzkonkurrenz mitziehen.

Zweitens werden die nächsten Monate und Jahre mit den Verhandlungen der ersten angepassten Doppelbesteuerungsabkommen entscheidend für die zukünftige Standortqualität des Finanzplatzes Schweiz. Diese Standortqualität ist zusätzlich dringend durch nationale Massnahmen im Sinne einer Finanzmarktstrategie zu verbessern.

Drittens muss auf internationaler Ebene mit einer klaren und unmissverständlich formulierten Politik gegen den automatischen Informationsaustausch gekämpft werden. Unsere Mitgliedschaft bei der OECD und dem heute massiv gestärkten IWF muss dafür aktiv genutzt werden.

Wo immer Einstimmigkeit erforderlich ist, muss unsere Vetomacht eingesetzt werden.

In den kommenden Monaten werden die Karten im Standortwettbewerb neu gemischt. Die internationalen Verhandlungen werden wichtig. Dafür braucht die Schweiz eine neue aussenpolitische Kultur. Unsere Parteien - aber auch der Bundesrat - müssen verstehen, dass Aussenpolitik Interessenpolitik ist. Mit Entschlossenheit gilt es unsere Interessen zu verteidigen. Das ist nicht möglich, wenn Meinungsunterschiede öffentlich auf dem Bundesplatz ausgetragen werden. Gegenüber dem Ausland braucht es einen gemeinsamen Auftritt statt Parteipolitik - im Interesse von Arbeitsplätzen und Wohlstand in der Schweiz.